

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 21 / 2013 (31. Mai 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Mai 2013
3. Gesetzliche Neuregelungen zum 01. Juni 2013
4. Bundesweite Kennzeichenmitnahme wird möglich
5. Väterbeteiligung mit 27,3 % auf neuem Höchststand
6. Kurz notiert
7. Terminvorschau

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

sehr erfreulich sind die Ergebnisse der am gestrigen Donnerstag veröffentlichten Wahlumfrage von infratest dimap im Auftrag der Märkischen Allgemeinen und des RBB. Bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl im September liegen wir als Union mit 32 Prozent der Stimmen vor der SPD, die lediglich auf 31 Prozent kommt. Die Linke würden nur 19 Prozent wählen. Damit können wir mit breiter Brust in den Wahlkampf gehen. Gemeinsam mit der CDU im Land, die sich ebenfalls über ein sehr gutes Umfrageergebnis freuen kann, werden die zehn Direktkandidaten alles dafür geben, dass wir am 22. September eines der besten Wahlergebnisse in der Geschichte der Brandenburger Union bei Bundestagswahlen erzielen.

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz eines schwierigen internationalen Umfeldes weiterhin positiv. Im Mai waren insgesamt 2,937 Millionen Menschen arbeitslos. Damit ist die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent gesunken. Insgesamt waren 83.000 weniger Menschen arbeitslos. Weiter gestiegen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit 29,09 Millionen Menschen im März ist eine Steigerung um 368.000 zu verzeichnen.

Am morgigen Sonnabend treten die Neuregelungen im Telekommunikationsmarkt in Kraft, mit denen wir nachhaltig die Rechte der Kunden stärken. Künftig entfallen die Kosten für Warteschleifen bei Sonderrufnummern komplett. Die Neuregelung gilt sowohl für Anrufe aus dem Festnetz als auch aus dem Mobilfunknetz. Eingeschlossen sind auch so genannte nachgelagerte Warteschleifen, also beispielsweise Wartezeiten während einer Weiterleitung nach begonnener Bearbeitung. Zugleich sind Warteschleifen nur noch bei Gratisnummern, für Anrufe mit normalen Ortsvorwahlen, Sonderrufnummern mit Festpreisen und herkömmlichen Mobilfunknummern zulässig. Künftig haben die Kunden bei einem Anbieterwechsel Anspruch darauf, dass der Telefon- oder Internetanschluss nicht länger als einen Kalendertag unterbrochen ist. Zur Gewährleistung darf der alte Anbieter die Leitung solange nicht unterbrechen, bis der neue Anschluss funktioniert.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Mai 2013

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin in einer robusten Verfassung. Im Zuge der Frühjahrsbelebung ist die Arbeitslosigkeit im Mai weiter gesunken. Sie hat gegenüber April um 83.000 auf 2.937.000 abgenommen. Insgesamt fiel die Frühjahrsbelebung schwächer aus als in den Vorjahren. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit betrug im April 2,26 Millionen und die Erwerbslosenquote lag bei 5,4 Prozent.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung (SGB III) waren im Mai 935.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Mai 2012 ergibt sich ein Anstieg von 104.000. Damit lag die Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung zuletzt vor einem Jahr unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt 842.000 Personen erhielten im Mai Arbeitslosengeld; 62.000 mehr als vor einem Jahr.

Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung (SGB II) lag im Mai bei 4.464.000. Gegenüber Mai 2012 war dies ein Rückgang von 24.000 Personen. 8,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig. In der Grundsicherung waren 2.002.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 23.000 weniger als vor einem Jahr. Dass ein Großteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher nicht arbeitslos gemeldet ist, liegt daran, dass diese Personen erwerbstätig sind, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder sich noch in der Ausbildung befinden.

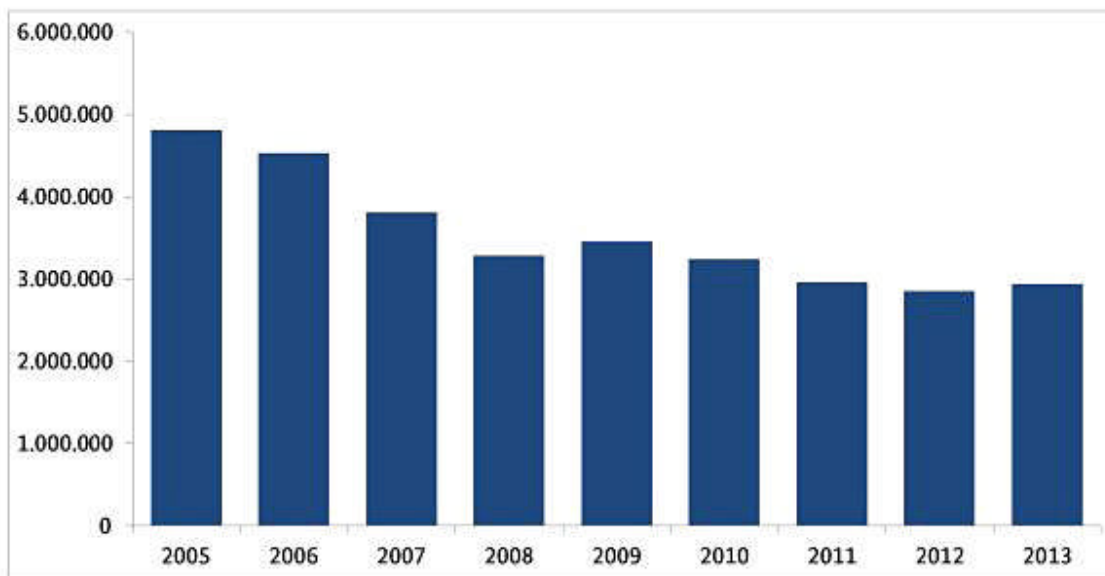
Trotz konjunktureller Schwäche sind Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis ins erste Quartal saisonbereinigt gewachsen. In den aktuellen Daten haben sich die Anstiege nicht mehr

fortgesetzt; dies dürfte auch damit zusammen hängen, dass witterungsbedingte Einschränkungen bis in den April anhielten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im April gegenüber dem Vorjahr um 277.000 auf 41,69 Millionen gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat nach der Hochrechnung der BA im März gegenüber dem Vorjahr um 368.000 auf 29,09 Millionen Personen zugenommen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst in den meisten Bundesländern. Auch die Betrachtung nach Branchen zeigt fast ausschließlich Zuwächse – insbesondere bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Zeitarbeit), im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Verarbeitenden Gewerbe. Abnahmen gab es vor allem in der Zeitarbeit.

Die gemeldete Nachfrage nach Arbeitskräften hat im Mai weiter nachgegeben. 437.000 Arbeitsstellen waren bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet, das sind 62.000 weniger als vor einem Jahr. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Energie und Elektro, Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Verkauf und Gesundheit. Der Stellenindex der BA, der BA-X, ging um drei Punkte auf 14 Punkte zurück. Gegenüber dem Vorjahr lag er um 27 Punkte im Minus.

Von Oktober 2012 bis Mai 2013 wurden der Ausbildungsvermittlung insgesamt 439.000 Berufsausbildungsstellen gemeldet, 9.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Zugleich haben bislang rund 465.000 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und der Jobcenter bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet. Das waren 6.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosenzahl im Mai seit 2005



| | |
|------------|-----------|
| Mai 2013 | 2.936.912 |
| April 2013 | 3.020.272 |
| März 2013 | 3.097.813 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3. Gesetzliche Neuregelungen zum 01. Juni 2013

Zum 1. Juni 2013 entfallen die Kosten für Telefon-Warteschleifen. Elektrogeräte enthalten künftig weniger Schadstoffe. Für Energy-Drinks gibt es strengere Bestimmungen. Väter erhalten leichteren Zugang zum

Sorgerecht für ihre Kinder – auch ohne Trauschein. Das sind einige der gesetzlichen Regelungen, die jetzt neu in Kraft sind und über die wir in den vergangenen Ausgaben von „Berlin-Intern“ ausführlich berichtet haben.

3.1. Ende teurer Warteschleifen

Die Kosten für Warteschleifen bei Sonderrufnummern wie 0180- oder 0900-Nummern entfallen ab 1. Juni komplett. Das gilt sowohl für Telefonate aus dem Festnetz als auch aus dem Mobilfunknetz. Mehr Informationen:

3.2. Weniger Schadstoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

Die neue „Elektro-Stoff-Verordnung“ beschränkt den Gehalt schädlicher und gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten - zum Beispiel von Blei oder Cadmium. Hierzu zählen Haushaltgeräte wie Fernseher, Küchengeräte oder elektrisches Werkzeug. Das schützt Mensch und Umwelt. Darüber hinaus müssen elektrische Altgeräte jetzt umweltgerecht verwertet und beseitigt werden. Die „Elektro-Stoff-Verordnung“ ist am 8. Mai 2013 in Kraft getreten.

3.3. Neue Regelungen für Energy-Drinks und Farbstoffe in Lebensmitteln

Für die Stoffe Koffein, Taurin, Inosit und Glucuronolacton, die in Energy-Drinks verwendet werden, gelten ab dem 2. Juni verbindliche Höchstmengen. Bisher mussten nur auf verpackten Energy-Drinks „erhöhter Koffeingehalt“ und die Koffeinmenge in Milligramm pro 100 Milliliter angegeben sein. Alle koffeinhaltigen Erfrischungsgetränke müssen künftig gekennzeichnet sein. Zum Schutz der Verbraucher dürfen die Lebensmittelfarbstoffe Chinolingelb (E 104), Gelborange S (E 110) und Cochenillerot A (Ponceau 4R - E 124) ab dem 1. Juni 2013 nur noch stark eingeschränkt verwendet werden.

3.4. Bessere Ausbildung zum Notfallsanitäter

In Deutschland arbeiten rund 40.000 Rettungsassistenten im Rettungsdienst. Ihre Ausbildung ist jetzt auf aktuellem Stand: Theorie und Praxis sind besser verknüpft, für die praktische Ausbildung und die Schulen gibt es Qualitätsanforderungen. Künftig heißt der Beruf "Notfallsanitäter". Die neue Ausbildung dauert drei statt zwei Jahre und wird für die gesamte Dauer vergütet. Das Gesetz trat am 28. Mai 2013 in Kraft.

3.5. Zugang zum Sorgerecht erleichtert

Seit dem 19. Mai 2013 tragen beide Eltern grundsätzlich die elterliche Sorge gemeinsam. Im Vordergrund steht das Wohl des Kindes. Väter, die nicht mit der Mutter verheiratet sind, haben jetzt leichteren Zugang zum Sorgerecht für ihre Kinder.

3.6. Reform der Sicherungsverwahrung

Die Reform stellt sicher, dass die Gerichte auch künftig für besonders gefährliche Straftäter die Sicherungsverwahrung anordnen können. In der Sicherungsverwahrung bleiben Verurteilte, die ihre Haftstrafe bereits verbüßt haben, aber weiterhin eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen.

3.7. Neuregelung für „Sternenkinder“

Eltern von sogenannten „Sternenkindern“ – also Kindern, die mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm tot geboren wurden – haben jetzt erstmals die Möglichkeit, die Geburt beim Standesamt dokumentieren zu lassen und ihrem Kind damit offiziell eine Existenz zu geben.

Dies galt bisher nur für totgeborene Kinder über 500 Gramm. Die Neuregelung in der Personenstandsverordnung („Sternenkinderregelung“) gilt seit dem 15. Mai 2013.

3.8. Hochfrequenzhandelsgesetz verhindert extreme Börsen-Szenarien

Die Bundesregierung reduziert Gefahren und Missbrauch beim computergestützten Hochfrequenzhandel an deutschen Börsen. Seit dem 8. Mai 2013 gilt für Händler eine Zulassungspflicht mit strengen Anforderungen. Das soll extreme Szenarien mit gravierenden Kursschwankungen verhindern.

3.9. Visawarndatei startet

Am 1. Juni 2013 nimmt die Visawarndatei ihren Betrieb auf. Sie unterstützt die Visumsbehörden bei der Bekämpfung illegaler Einreise. Die Visawarndatei und ein Datenabgleichverfahren erleichtern es, Anträge für die Erteilung von Einreisevisa zu prüfen.

3. Bundesweite Kennzeichenmitnahme wird möglich

Mit der Neuregelung wird der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz der Länder vom 18./19. April 2012 über die bundesweite Kennzeichen-Mitnahme bei Wohnortwechsel umgesetzt. Bereits heute wird innerhalb einiger Länder entsprechend verfahren (z. B. Schleswig-Holstein, Hessen). Dies gilt sowohl für den Wechsel des Wohnortes als auch für den Halterwechsel. Das BMVBS hat deshalb vorgesehen, dass auch beim Verkauf eines Fahrzeuges in einen anderen Zulassungsbezirk der neue Halter das Kennzeichen nicht umtauschen muss. Der Bundesrat muss der Neuregelung noch zustimmen. Sie soll am 1. Juli 2014 in Kraft treten. Dann sind mit der Übernahme der Kfz-Steuer durch den Bund die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen. Die Regelung hat keine Auswirkung auf die Kfz-Versicherung. Die Tarife richten sich weiter nach dem Wohnort. 2012 wechselten 600.000 Fahrzeughalter in einen anderen Zulassungsbezirk. 5,4 Millionen Fahrzeuge wurden in einem anderen Zulassungsbezirk auf einen anderen Besitzer umgeschrieben.

Mit der Neuregelung wird zudem der erste Schritt für eine internetbasierte Zulassung von Fahrzeugen getan. Ab Mitte 2014 können Fahrzeuge über ein Internet-Portal des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) bei der Zulassungsbehörde mithilfe von Sicherheitscodes (auf den Prüfplaketten der Kennzeichen sowie im Fahrzeugschein) und des neuen Personalausweises abgemeldet werden. Durchschnittlich werden jährlich rund 9 Millionen Fahrzeuge abgemeldet. Als zweiter Schritt ist die internetbasierte Wiederzulassung durch den gleichen Fahrzeughalter vorgesehen. Weitere internetbasierte Zulassungsverfahren, etwa beim Kauf und Verkauf von Fahrzeugen, erfordern umfangreichere technische und verwaltungsinterne Umstellungen. Über diese soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

4. Väterbeteiligung mit 27,3 % auf neuem Höchststand

Der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, hat einen neuen Höchststand erreicht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, haben Väter von 181 000 der insgesamt rund 663 000 im Jahr 2011 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 27,3 %. Damit ist die Väterbeteiligung gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich um 2 Prozentpunkte angestiegen. Mütter bezogen in durchschnittlich 95 % der Fälle Elterngeld.

Die höchste Väterbeteiligung gab es wie schon in den letzten Jahren in Bayern (35,8 %) und Sachsen (35,6 %). Sie war dort somit mehr als doppelt so hoch wie im Saarland, das mit 17,5 % nach wie vor das Schlusslicht bildet.

Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wies die thüringische Stadt Jena mit 47,2 % die höchste Väterbeteiligung auf, gefolgt vom bayerischen Landkreis Cham (46,2 %). In mehr als jedem dritten Kreis (in 143 von insgesamt 402 Landkreisen und kreisfreien Städten) lag die Väterbeteiligung mittlerweile über 30 %. Die geringsten Werte gab es in den nordrhein-westfälischen Städten Hagen und Gelsenkirchen mit jeweils rund 10 %.

Veränderungen bei der Dauer der Inanspruchnahme gab es hingegen kaum. Nach wie vor bezogen etwas mehr als drei von vier Vätern (77 %) Elterngeld für maximal zwei Monate. Nur knapp 7 % der Väter nimmt die Leistung für zwölf Monate in Anspruch. Mütter bezogen weiter in neun von zehn Fällen das Elterngeld für zwölf Monate.

Der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, lag im ersten Bezugsmonat bundesweit bei 1 204 Euro und war damit nach wie vor mehr als ein Drittel (39 %) höher als der vergleichbare Anspruch von Müttern (868 Euro).

Dabei gibt es jeweils deutliche regionale Unterschiede. So betrug der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, in den meisten süddeutschen und westdeutschen Kreisen über 1 200 Euro. Die Kreise, in denen der Anspruch niedriger als 1 000 Euro war, liegen hingegen fast ausnahmslos in den ostdeutschen Bundesländern.

Bei den Müttern zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch hier lag der Elterngeldanspruch insbesondere in den west- und süddeutschen Kreisen deutlich über dem in den ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten.

5. Kurz notiert

5.1. Zahl der Deutschlandstipendien steigt

Im Jahr 2012 erhielten 13.900 Studierende ein Deutschlandstipendium. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stieg die Zahl der Stipendiaten 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 159 %. Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden des Wintersemesters 2012/13 betrug der Anteil der Stipendiaten knapp 0,6 %.

Mit dem Deutschlandstipendium werden seit dem Sommersemester 2011 Studierende gefördert, deren Werdegang herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lässt. Der Anteil der Studierenden, die ein Deutschlandstipendium erhalten, soll sich jährlich erhöhen und langfristig bis zu 8 % betragen.

Die meisten Studierenden wurden im Jahr 2012, wie schon im Vorjahr, in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften mit einem Deutschlandstipendium gefördert. Insgesamt gab es hier 4.000 Stipendien (29 %). Danach folgten die Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 3.600 Stipendiaten (26 %) sowie Mathematik/Naturwissenschaften mit 3.000 geförderten Studierenden (22 %).

Die Deutschlandstipendien in Höhe von monatlich 300 Euro werden je zur Hälfte vom Bund und von privaten Mittelgebern finanziert. Dafür warben die Hochschulen 2012 von privaten Mittelgebern Fördermittel in Höhe von 13,0 Millionen Euro ein. Das waren 281 % mehr als 2011. Wie im Vorjahr stammten auch 2012 die Fördermittel vor allem von Kapitalgesellschaften (5,5 Millionen Euro) und von sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts (4,0 Millionen Euro).

5.2. 4.190.425 Milchkühe waren nach der aktuellen Statistik im November 2012 in Deutschland registriert.

Bei einem Rinderbestand von insgesamt ca. 12,51 Millionen Tieren beträgt damit der Anteil an Milchkühen fast 34 Prozent. Obwohl die Anzahl der Rinder haltenden Betriebe mit 161.453 Betrieben gegenüber 2009 weiterhin rückläufig ist, blieb der Bestand an Milchkühen mit ca. 4,2 Millionen annähernd konstant. In Bayern befinden sich mit 38.300 Betrieben die meisten Betriebe mit Milchkuhhaltung, gefolgt von Niedersachsen mit 11.700 Betrieben. Die am häufigsten vorkommende Rasse ist die Deutsche-Holstein-Schwarzbunt mit ca. 2,29 Millionen Kühen.

Kühe liefern mit der Milch einen wichtigen Bestandteil für eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Mit dem "Tag der Milch" wird in Deutschland jedes Jahr am 1.Juni das weiße Lebensmittel in den Mittelpunkt gerückt.

7. Terminvorschau

| | |
|-----------------------|---|
| 01.06.2013 | DFB-Pokalfinale: Bayern München gegen VfB Stuttgart |
| 02.06.2013 | Siegerehrung des Bundeswettbewerbs: „Jugend forscht“ |
| 03.06. bis 07.06.2013 | Sitzungswoche des Deutschen Bundestages |
| 05.06.2013 | 1. internationales Deutschlandforum mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel |
| 05.06.2013 | Pressekonferenz des ZDH zur Unternehmerbefragung 2013 |
| 05.06. bis 06.06.2013 | Wirtschaftsministerkonferenz von Bund und Ländern |
| 05.06. bis 07.06.2013 | 80. Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern |
| 06.06.2013 | Sitzung des Rates der EZB |
| 06.06. bis 07.06.2013 | Jugend- und Familienministerkonferenz in Fulda |
| 07.06.2013 | Plenarsitzung des Bundesrates |

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent